

HESSISCHER LANDTAG



NANCY FAESER

Fraktionsvorsitzende der
SPD-Landtagsfraktion

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

die Corona-Pandemie hat gezeigt, was die Menschen in Hessen ausmacht: Solidarität und Hilfsbereitschaft, Gemeinsinn und Mitmenschlichkeit, Kreativität und Erfindungsreichtum. Sie hat aber auch gezeigt, was die schwarzgrüne Landesregierung alles nicht kann: Die Digitalisierung an unseren Schulen vorantreiben und einen anständigen Wechselunterricht organisieren, den Schutz der Menschen in Heimen gewährleisten, die Impfungen organisieren. Und leider ließe sich diese Liste beliebig lang fortsetzen. Und natürlich freue ich mich darüber, dass sich deutlich weniger Menschen mit dem Corona-Virus infizieren als in den Monaten zuvor und die bundeseinheitliche Notbremse so gewirkt hat, dass wir jetzt über Öffnungsschritte reden können. Doch zugleich ärgere ich mich, wie Schwarzgrün in Hessen auch jetzt wiederagiert. Denn im Schulbereich will die Landesregie-

rung die vorhandenen Spielräume nicht im Sinne der Schülerinnen und Schüler nutzen. Das reiht sich in ein in das Bildungsdesaster, das Kultusminister Lorz seit Beginn der Pandemie zu verantworten hat. Dazu kommt, dass die hessischen Regeln für Bürgerinnen und Bürger nur schwer verständlich sind. Die Kommunikation der Landesregierung in der Pandemie war und ist mangelhaft. Und das hat fatale Folgen, denn niemand wird Regeln befolgen, die er nicht versteht. Der Ministerpräsident muss endlich aufhören, diese Fehler zu verschweigen. Jetzt geht es darum, aus der Krise zu lernen und die vielen Baustellen wie die verschleppte Digitalisierung an Hessens Schulen endlich anzupacken. Denn wer Fehler verleugnet, ist dazu verdammt, sie immer wieder zu machen.

Mit herzlichen Grüßen

Ihre Nancy Faeser

HOCHSCHULEN BRAUCHEN RÜCKENWIND

REGIERUNGSERKLÄRUNG



In der Aussprache zur Regierungserklärung zur hessischen Hochschulstrategie forderte Dr. Daniela Sommer mehr Mut für Reformen, Perspektiven und vor allem mehr Verlässlichkeit für die hessischen Hochschulen. In den letzten Jahrzehnten haben die CDU-geführten Landesregierungen die Hochschulen kaputtgespart und auch die derzeitige schwarzgrüne Landesregierung kümmere sich nur stiefmütterlich um sie, so Sommers Kri-

tik. „Hochschulen brauchen Rückenwind. Überall ein bisschen mehr Förderung ist noch lange keine Wende. Die Koalition baut auf den Fleiß und die Kreativität der Hochschulen. Eine angeblichen Kursänderung mit dem Sondervermögen im Rücken war bisher kaum erkennbar“, sagte Dr. Daniela Sommer. Trotz Aufstockung der Mittel würden viele Probleme ungelöst bleiben: Die „neue“ Strategie der Landesregierung könne nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Land mitverantwortlich sei für die schlechte Betreuungsrelation, das schlechte Abschneiden bei der Exzellenzinitiative, die baulichen Missstände an Hochschulen und die prekäre Beschäftigung von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sommer

warb in ihrer Rede deshalb um Zustimmung zum SPD-Antrag für einen Kodex für gute Arbeit und appellierte an die Landesregierung sich um die zunehmend prekären Beschäftigungsverhältnisse und die unsäglichen Kettenverträge zu kümmern. Derzeit müssten sich Beschäftigte von Vertrag zu Vertrag hangeln, ohne zu wissen, ob sie weiterbeschäftigt werden. „Mit einem Kodex können befristete Beschäftigung abgebaut, stabile Beschäftigungsbedingungen, berechenbare Karrierewege, familiengerechter Umgang mit Teilzeitbeschäftigung sowie gesundheitsfördernde Arbeitsbedingungen etabliert und ausgebaut werden“, so Sommer. Dies sei nicht nur eine Kosten-, sondern vor allem einehaltungsfrage, in der sich auch die Landesregierung positionieren müsse.

KOALITIONSFRIEDEN STATT AUFKLÄRUNG

Zwei Petitionen zur Freigabe der sogenannten „NSU-Akten“ mit mehr als 130.000 Unterschriften standen diese Woche auf der Tagesordnung im Hessischen Landtag. Im Petitionsausschuss hatten diese zuvor keine Zustimmung gefunden, weil CDU und Grüne die Freigabe ablehnten. In der Plenardebatte am Mittwochabend warf der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Günter Rudolph, den Grünen daher ein „doppeltes Spiel“ vor: „Im Bundestag verlangen die Oppositionsgrünen beim Thema NSU genau das, was die Regierungsgrünen im Hessischen Landtag verweigern

– Aufklärung und Transparenz. Zwischen den wohlfeilen Worten der Grünen in der Opposition und ihrem Handeln in der Regierung liegen Welten. Das wird im Umgang mit den Petitionen zu den NSU-Akten so deutlich wie selten zuvor.“ Die von Schwarzgrün vorgetragenen rechtlichen Bedenken ließ Rudolph nicht gelten und entgegnete, dass der Landtag als Gesetzgeber alle rechtlichen Hemmnisse für die Aktenfreigabe ausräumen könne. Nach dem Mord an Halit Yozgat in Kassel, der dem NSU zugeschrieben werde, sei viel Vertrauen in den Rechtsstaat verloren gegan-

**Mehr als 133.000 Menschen fordern:
„Geben Sie die NSU-Akten frei!“**



**DIE GRÜNEN IN HESSEN
STIMMEN DAGEGEN.**

gen. Dieses Vertrauen wiederherzustellen sei eine gemeinsame Aufgabe. „Wir schulden es Halit Yozgat und seiner Familie, dass dieses Verbrechen endlich aufgeklärt wird, damit der Rechtsstaat verlorengegangenes Vertrauen zurückzugewinnen kann. Dazu kann die Öffnung der Akten einen wichtigen Beitrag leisten.“

KEINE RECHTFERTIGUNG FÜR ANTISEMITISMUS

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

Wir dulden keinen Antisemitismus - egal wo, egal wann, egal von wem.

NANCY FAESER



Die SPD-Fraktionsvorsitzende Nancy Faeser hat die Angriffe der Hamas auf Israel in einer Aktuellen Stunde aufs Schärfste verurteilt und die uneingeschränkte Solidarität mit Israel erklärt. „Wer das Existenzrecht Israels in Frage stellt, der muss mit dem erbitterten Widerstand der Sozialdemokraten rechnen.“ Der Nah-Ost-Konflikt beschäftige die Menschen auch in Hessen und ziehe teils kontroverse Diskussionen nach sich. Faeser betonte, dass es keine Entschuldigung oder Rechtfertigung für Antisemitismus gebe: „Egal wo und egal von wem – Antisemitismus wird von uns nicht geduldet.“ Angesichts der aktuellen Bedrohungslage forderte sie, die Sicherheitsvorkehrungen für jüdische Gebäude in Hessen zu überprüfen und anzupassen. Hier vor Ort müsse alles getan werden, um Hass und Antisemitismus zu begegnen. Dazu gehöre eine umfassende und früh beginnende Präventionsarbeit an Schulen mit gemeinsamen Besuchen in Israel und von Gedenkstätten wie Yad Vashem, wie es in dem gemeinsamen Antrag von CDU, Grünen, Freien Demokraten und SPD vorgeschlagen wer-

de, und ein Runder Tisch gegen Antisemitismus.

DEMOKRATIE LEBT VOM EHRENAMT

Auf Antrag der SPD-Fraktion hat der Hessische Landtag in einer Aktuellen Stunde über die fehlende Wertschätzung für ehrenamtlich Tätige debattiert. „Demokratie lebt vom Ehrenamt. Doch den vielen ehrenamtlich engagierten Beschäftigten aus allen gesellschaftlichen Bereichen, die im Bereich des Finanzministeriums arbeiten, wird die Ausübung ihres ehrenamtlichen Engagements nahezu unmöglich gemacht. Alle Anträge auf Arbeitsbefreiung und Urlaub aufgrund von ehrenamtlichen Tätigkeiten sollen zukünftig dem Finanzministerium zur Entscheidung überstellt werden.“ Das alle entsprechenden Anträge 14 Tage vorher mit Begründung vorgelegt werden müssen, belegt nur, dass man im Finanzministerium offensichtlich nicht ausgelastet ist und genug Zeit hat, um Ehrenamtler mit einem bürokratischen Monster zu traktieren. Gesetzlich gebe es hierfür einen klaren Anspruch auf Sonderurlaub, Dienstbefreiung und Arbeitsbefreiung – und zwar bezahlt. „Der jüngste Erlass führt dazu, dass die Wahrnehmung von ehrenamtlichen Tätigkeiten nur dann gestattet wird, wenn die hierfür aufgewendete Zeit von den Mitarbeitern vollständig nachgearbeitet wird. Das ist ein Ehrenamts-Behinderungs-Erlass und eine



Beleidigung für die vielen ehrenamtlich tätigen Menschen, die wir als Zivilgesellschaft dringend brauchen.“

BILLIG UND KURZSTRECKENFLÜGE

Der für den Frankfurter Flughafen zuständige Sprecher der SPD-Fraktion, Marius Weiß, stellte in einer Aktuellen Stunde zur Zukunft der Billig- und Kurzstreckenflüge fest, dass die Grünen bei ihrer Positionierung zum Luftverkehr in Deutschland planlos und widersprüchlich agierten. So sei es sehr bemerkenswert, dass Frau Baerbock als Kanzlerkandidatin die Billig-Airlines geißele, während der grüne Verkehrsminister aus Hessen, Tarek Al-Wazir, mit Ryanair die größte Airline dieser Gattung an das Drehkreuz Frankfurt geholt habe. „Die Grünen fordern in der Opposition das, was sie in Regierungsverantwortung nicht umsetzen. Wenn Frau Baerbock sagt, dass Inlands-Flüge billiger sind als Inlands-Zugreisen, dann ist das schlicht falsch“, so Weiß. Die Bundesregierung aus SPD und Union habe die Luftverkehrsabgabe erhöht und die Mehrwertsteuer auf Bahnfahrkarten im Fernverkehr gesenkt. Die Grünen bewiesen an dieser Stelle leider, dass sie ohne großes Fachwissen Dinge forderten, deren Umsetzung schlicht nicht möglich sei. „Was sind diese Forderungen und Vorschläge überhaupt wert, wenn sich schon die eigenen Landesminister nicht daran halten?“



GESUNDHEIT IST JETZEN CENT WERT

KINDERKLINIKEN



KINDERKLINIKEN

Die Gesundheit unserer Jüngsten ist jeden Cent wert.

Mit einem Antrag zum Erhalt und zur Stärkung der Kinderkliniken im Land hat sich die SPD-Fraktion für eine gute medizinische Versorgung für Kinder und Jugendliche in Hessen eingesetzt. Die Gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion, Dr. Daniela Sommer, appellierte an die Landesregierung, die bestehenden Versorgungsengpässe zu beseitigen. „Bettensperrun-

gen, Personalmangel und etliche Verlegungen weisen auf ernsthafte Probleme hin. In Hessen kann die flächendeckende Versorgung von kritisch kranken oder schwer verletzten Kindern nicht mehr sicher gewährleistet werden – das ist ein Armutszeugnis für dieses Land und die Landesregierung.“ In keinem anderen Bundesland sei die Versorgung mit Kinderärzten so schlecht wie in Hessen – nicht nur auf den Kinderstationen in den Kliniken, sondern auch durch den Kinderarztmangel. „Gerade in der Corona-Pandemie, die erhebliche psychische Belastungen mit sich bringt, benötigen wir noch einmal mehr Unterstützung und Versorgungsmöglichkeiten, um Kindern und Jugendlichen eine gute Entwicklung, eine gute Gesundheit und eine gute Zukunft zu ermöglichen“, so Dr. Daniela Sommer.

GLASFASERAUSBAU



In der Plenardebatte zum Gigabit-Ausbau hat der digitalpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Bijan Kafberger, die Bilanz der schwarzgrünen Landesregierung beim Breitbandausbau als schwach kritisiert. „Seit es das Digitalministerium gibt, fällt Hessen im Vergleich zu den anderen Ländern zurück. Mitte 2020 war Hessen bei 1000Mbit/s auf einem mittelmäßigen Platz 9.“ Nach dem letzten Breitbandatlas der Bundesregierung sei Hessen Ende 2020 sogar auf Platz 11 abgestiegen. „Wir fordern die Standardisierung und Digitalisierung von Genehmigungsverfahren, damit die Prozesse einfacher werden, um einem flächendeckenden Glasfasernetz näher zu kommen.“

STÄRKUNG DES PETITIONSRECHTS

PETITIONSGESETZ



Der Hessische Landtag hat diese Woche in Erster Lesung über einen gemeinsamen Gesetzentwurf von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD

und Freien Demokraten beraten. Der Obmann der SPD-Landtagsfraktion im Petitionsausschuss, Oliver Ulloth, bezeichnete den Entwurf als einen Ausdruck der sachorientierten Arbeit des Ausschusses und des respektvollen Umgangs der Mitglieder untereinander. „Der Gesetzentwurf bildet eine breite Basis für ein wichtiges Recht der Bürgerinnen und Bürger, das eine gesetzliche Grundlage mehr als verdient hat. Wir als SPD freuen uns besonders, dass im Jahr des 50-jährigen Bestehens des Petitionsausschusses des Hessischen Landtags, das erste Petitionsgesetz

in Hessen vor seiner Verabschiedung steht.“ Die Einführung eines Petitionsgesetzes sei eine offene Baustelle gewesen, die möglichst durch einen breiten Konsens geschlossen werden sollte. Dieser Konsens sei nun erzielt worden. „Wir dokumentieren damit, dass es uns wichtig ist, wenn Bürgerinnen und Bürger sich mit ihren Eingaben an den Landtag wenden“, so Ulloth. Hessen werde das neunte Bundesland sein, welches ein Petitionsgesetz einführt. Ulloth zeigte sich davon überzeugt, dass das Gesetz das Petitionsrecht in Hessen stärken werde.

REAKTIVIERUNG VON SCHNIENENSTRECKEN

In einer Debatte zur Reaktivierung stillgelegter Schienenstrecken verwies der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Tobias Eckert darauf, dass die Bedeutung dieses Themas wieder mehr im allgemeinen Bewusstsein jenseits progressiver Mobilitätspolitik angekommen sei. „Der Anschluss an das Bahnnetz macht nicht nur den klimafreundlichen ÖPNV attraktiver, sondern ist – ähnlich wie der Anschluss an das Breitbandnetz – ein Qualitätsmerkmal für einen Wohn- und Wirtschaftsstandort.“ Die Landesregierung versäume es jedoch, eine zwingend notwendige landespolitische Steuerungsmöglichkeit zu ergreifen, indem sie in Hinblick auf die Reaktivierung stillgelegter Schienenstre-



cken lediglich auf den Bund und die Kommunen verweisen. „Das Land muss nicht die Kommunen ermutigen, alleine mit den Problemen fertigzuwerden, sondern es muss als echter Akteur auftreten“, so Eckert. Auch eine Landeseisenbahngesellschaft könnte strategisch für Streckenentwicklung aber auch für Grundstückssicherung an Altrassen eingesetzt werden. „Jedes weitere Jahr, in dem stillgelegte Trassen ohne Unterhaltung brachliegen, steigert die Kosten für deren Reaktivierungen überproportional“, machte Eckert deutlich und forderte eine Bestandsaufnahme möglicher Strecken, wie es beispielsweise in Niedersachsen oder Baden-Württemberg bereits angestoßen wurde.

KLIMASCHUTZZIELE

Der umweltpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Gernot Grumbach, warf der schwarz-grünen Landesregierung vor, an ihren eigenen Ansprüchen für einen wirksamen Klimaschutz zu scheitern und seit 2014 kein selbst gesetztes Klimaziel erreicht zu haben. „Erst jüngst wurde bekannt, dass die Landesregierung auch das Klimaziel für 2020, trotz eines milden Winters, verfehlt hat. Die für diesen Bereich zentralen und von Bündnis 90/Die Grünen verantworteten Ressorts Wirtschaft und Umwelt sind ihrer Verantwortung nicht gerecht geworden.“ Grumbach begrüßte die Anpassung der Klimaschutzziele seitens der Bundesregierung aufgrund eines Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts, das Maßgaben für die Emissionsreduktion über das Jahr 2031 hinaus gefordert hat und forderte die Landesregierung auf, ihre Klimaschutzziele ebenfalls an diese anzupassen. Bisher bleibe der Klimaschutzplan mit einer Reduktion um 90 Prozent bis zum Jahr 2050 hinter den neuen Vorgaben des Bundes zurück.



STATT IN FULDA: HESSENTAGSWOCHE DIGITAL

STATT IN FULDA

HESSENTAGSWOCHE – DIGITAL



DIGITALE FRAKTIONSSITZUNG
25. Mai | 11 Uhr (via Webex)

LIVESTREAMS & DISKUSSIONEN
auf Facebook & Instagram



Auch wenn der diesjährige Hessesttag in Fulda (21. bis 30. Mai) wegen der Corona-Pandemie abgesagt werden musste – die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag wird in der Woche nach Pfingst-

ten ein umfangreiches digitales Besuchsangebot machen. „Der Hessesttag ist traditionell der Ort, an dem meine Fraktion in wenigen Tagen mit vielen Menschen ins Gespräch kommt und aus diesen Gesprächen Ideen und Anregungen für die politische Arbeit mitnimmt“, sagte die Fraktionsvorsitzende Nancy Faeser. Neben Livestreams mit spannenden Gästen auf Facebook und Instagram wird die Fraktion am Dienstag, dem 25. Mai, ihre reguläre wöchentliche Sitzung per Videokonferenz für interessierte Bürgerinnen und Bürger öffnen.

Impressum:

SPD-Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Redaktion:

Christoph Gehring (verantwortlich),
Isabel Kunkel,
Martina Häusel-David,
Luisa Neurath